

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Robert Gerber Konrad Schleiss Maria Lo Giudice (Ersatz) Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Fabian Affolter Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Nicole Hirt
Entschuldigt	Reto Gasser
Anwesend von Amtes wegen	Drazenka Dragila-Salis, Stadtbaumeisterin David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Christian Ambühl, Polizeikommandant Kurt Boner, Leiter SDOL Per Just, Geschäftsleiter SWG Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Susanne Leber, Rechtskonsulentin Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19:00 Uhr
TRAKTANDEN	(2319 - 2329)
1	Protokolle der Sitzungen Nr. 10 vom 21. November 2017 und Nr. 11 vom 5. Dezember 2017
2	2319 Businessplan 2015 - 2018: Jährliche Berichterstattung zum Aktionsplan per Ende 2017
3	2320 Genehmigung des Pensenantrags an den Kanton für das Schuljahr 2018/19

- | | | |
|----|------|---|
| 4 | 2321 | Postulat Angela Kummer (SP): Mittagstisch im Schulkreis Kastels: Beschluss über Erheblicherklärung |
| 5 | 2322 | Postulat Peter Brotschi (CVP): Preis der Stadt Grenchen für besonders gelungene Liegenschafts-Renovationen: Beschluss über Erheblicherklärung |
| 6 | 2323 | Werkhof: Sanierung und Erweiterung Personalräume; Bauabrechnung, Kreditüberschreitung |
| 7 | 2324 | Motion Fraktion FDP-glp: Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates, schriftliche Beantwortung auch von Motionen und Postulaten vor der Ratssitzung: Beschluss über Erheblicherklärung |
| 8 | 2325 | Jugendkommission: Demission von Alexander Spiegel als Präsident und ordentliches Mitglied, Ersatzwahlvorschläge der SVP: Daniel Lüdi, ordentliches Mitglied, Silvan von Arx, Ersatzmitglied |
| 9 | 2326 | Überparteiliche Motion (CVP, FDP, SVP): Glassammlung: Einreichung |
| 10 | 2327 | Motion Matthias Meier-Moreno (CVP): Sofortmassnahmen Glassammlung: Einreichung |
| 11 | 2328 | Postulat Nicole Hirt (glp): Schulcampus mit immersivem Unterricht: Einreichung |
| 12 | 2329 | Mitteilungen und Verschiedenes |

- o -

Genehmigung Traktandenliste:

Traktandum Nr. 9 „*Wahlbüro 1: Wahl eines Ersatzmitgliedes, Vorschlag der FDP*“ wird infolge verwandtschaftlicher Unvereinbarkeit von der Traktandenliste genommen.

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 10 vom 21. November 2017 wird genehmigt.

Das Protokoll der Sitzung Nr. 11 vom 5. Dezember 2017 wird mit folgender Korrektur genehmigt:

GRB 2317

Mitteilungen und Verschiedenes

Der Protokollauszug wird um Ziff. 2 ergänzt:
Vertraulicher Bericht EffiDeville

Der Beschluss wird ausgetauscht.

- 0 -

Businessplan 2015 - 2018: Jährliche Berichterstattung zum Aktionsplan per Ende 2017

Vorlage: Wifö/18.01.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Walter Sahli, Vizepräsident Wirtschaftsrat, ausführt, wurde der Businessplan in den Jahren 1996/97 erarbeitet und vom Gemeinderat im Januar 1998 genehmigt und in Kraft gesetzt. Als Hauptzielsetzung wurden die konsequente Stärkung des Wirtschaftsstandortes Grenchen sowie die Weiterentwicklung der Stadt Grenchen als Lebens- und Wohnraum definiert. Neben der klaren Konzentration auf Schwerpunkte zeichnet sich der Businessplan durch seine ausgeprägte Umsetzungsorientierung mit jährlicher Aktionsplanung und einem systematischen Controllingprozess aus. Er berücksichtigt auch die finanzpolitische Verträglichkeit. Dadurch präsentiert er sich für die politischen Gremien, die Verwaltung und die Wirtschaftsförderung als nützliche Leitplanke für die Aspekte der Stadtentwicklung. Er wird heute auch auf Wunsch des Stadtpräsidenten vermehrt als Steuerungs- und Kommunikationsinstrument eingesetzt. Heute wird über den aktuellen Stand des Aktionsplans der Businessperiode 2015-18 gesprochen. Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich seit Jahren regelmässig in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung und der Verwaltung mit dem Businessplan und verfolgt dessen Umsetzung und Weiterentwicklung. Es ist ein Arbeitsinstrument, welches man nicht missen möchte. Im Namen des Wirtschaftsrats darf er dem Gemeinderat deshalb das im Anschluss von Frau Karin Heimann präsentierte Reporting und die eingearbeiteten Vorschläge zur Annahme vollumfänglich empfehlen. Bei Fragen steht er gerne zur Verfügung.

1.2 Karin Heimann, Wirtschaftsförderin, erstattet anhand einer Präsentation Bericht zum Aktionsplan per Ende 2017. Sie bedankt sich ganz herzlich beim Stadtpräsidenten, beim Vize-Stadtpräsidenten, bei der Stadtverwaltung, beim Wirtschaftsrat, bei den Wirtschaftsverbänden GVG und IHVG, bei Grenchen Tourismus und allen, die sie bei den Projekten unterstützen, für die tolle Zusammenarbeit.

1.3 Stadtpräsident François Scheidegger dankt Karin Heimann ebenfalls herzlich. Man sieht, was alles läuft. Das nimmt auch ihn sehr in Anspruch. Es sind sehr viele Kontakte, die gepflegt werden. Er findet es toll, wie sie das macht, und wünscht ihr weiterhin viel Erfolg.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Laut Vize-Stadtpräsident Remo Bill nimmt die SP-Fraktion das jährliche Reporting zum Aktionsplan per Ende 2017 zur Kenntnis und dankt dem Wirtschaftsrat und Karin Heimann, Wirtschaftsförderin der Stadt Grenchen, für das übersichtliche Dokument und die gute Arbeit. Die SP-Fraktion hat letztes Jahr vorgeschlagen, dass im Aktionsplan neben dem Fokus auf „Wirtschafts- und Stadtentwicklung“ auch andere Bereiche wie zum Beispiel Bildung und Kultur mit einbezogen werden. Diese für sie ebenso wichtigen Bereiche sind im Businessplan nur zum Teil vorhanden und sollten auch aufgeführt werden. Der Businessplan gilt als Leitfaden mit einer Betrachtung aus hoher „Flughöhe“. Er ist in erster Linie ein Instrument, das aufzeigt, mit welchen Mitteln eine Idee verwirklicht werden soll. Er dient dem Gemeinderat als Controlling, die Ziele regelmässig zu überwachen. Die SP-Fraktion nimmt das jährliche Reporting zur Kenntnis und wird den vorgeschlagenen Änderungen im Aktionsplan des Businessplans 2015 - 2018 der Stadt Grenchen zustimmen.
- 3.2 Gemeinderat Peter Brotschi dankt für die Präsentation und kann die Stichworte, die projiziert wurden, alle unterschreiben: „Technologiestandort“, „Wohnstandort“. Er bittet, den Fokus „Bildungsstandort“ nicht ganz aus den Augen zu verlieren. Man hat in Grenchen überregionale Schulen: Zeitzentrum, VSRT-Berufsbildungszentrum, Pilotenausbildung auf dem Regionalflughafen. Er ist als Kantonsrat seit neun Jahren in der Interparlamentarischen Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz (IPK FHNW), dessen Vorsitz nun Kantonsrat Hubert Bläsi innehat. Man besucht regelmässig die Standorte der FHNW, konnte bereits einige Neubauten einweihen (z.B. Olten und Brugg-Windisch), nächstens ist Muttenz dran. Grenchen ist eine der grösseren Ortschaften ohne FHNW-Standort. Das Abend-Tech hat man verloren. Die Stadt Grenchen hat eine phantastische Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Nationale und überregionale Schulen sind wichtig für die Standortattraktivität, das bringt Leben. An den FHNW-Standorten hat es Tausende von Leuten, was extrem wertvoll ist, denn die Jugend ist die Zukunft. Er hat nichts gegen die anderen FHNW-Standorte, aber Grenchen sollte ebenfalls den Fokus auf den „Bildungsstandort“ legen.
- 3.3 François Scheidegger meint, dass man hier im Controlling zum Aktionsplan ist. Er schlägt vor, dass im Rahmen der Überarbeitung des Businessplans 2019 – 2022 geprüft wird, das Thema Bildungsstandort aufzunehmen. Es ist nicht so, dass dies kein Thema ist, aber nicht explizit in dieser Form.
- 3.4 Gemeinderat Alexander Kaufmann bezieht auf die Massnahme S 1a auf Seite 9: „Business-Airport Grenchen“. Ihn stört, dass man von einem „Regionalflugplatz“ spricht. Er bittet, dass dies auf „Regionalflughafen“ geändert wird. Grenchen hat einen konzeptionierten Flughafen und nicht einen Flugplatz.
- 3.4.1 Laut François Scheidegger sollte die RFP AG, welche ausgeschrieben „Regionalflugplatz Jura-Grenchen AG“ heisst, einmal in Erwägung ziehen, ihren Namen zu ändern.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Der Gemeinderat nimmt das jährliche Reporting zur Kenntnis.

4.2 Folgende Projekte werden gestrichen, weil sie lanciert und als Angebote seither zur Verfügung stehen:

T 1b: Professionalisierung Standortofferten und Internetauftritt: Individualisierbare Standortofferten und Immobilien-Factsheets stehen seit 2016 zur Verfügung, der Internetauftritt der Wirtschaftsförderung wurde optimiert.

T 1c: „Innovations-Frühstück Grenchen“: Der Anlass hat sich seit seiner Lancierung im Dezember 2016 etabliert und wird als Angebot regelmässig weitergeführt.

T 1d: „Starter-Paket Grenchen“: Das Angebot wurde 2016 lanciert und steht seither Jungunternehmen zur Verfügung.

T 1f: „Willkommens-Paket Grenchen“: Das Angebot wurde 2016 lanciert und wird seither eingesetzt.

4.3 Den vorgeschlagenen Änderungen im Aktionsplan des Businessplans 2015-2018 der Stadt Grenchen wird zugestimmt.

Vollzug: Wifö in Koord. mit Verwaltungsabteilungen

Wifö
WIRA
GLSG
BD
FV

8.5.1 / acs

Genehmigung des Pensenantrags an den Kanton für das Schuljahr 2018/19

Vorlage: GLSG/15.01.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, hat sich die CVP-Fraktion im Vorfeld eingehend mit der Vorlage befasst und Gesamtschulleiter Hubert Bläsi stand ihr an der Fraktionssitzung Rede und Antwort. Als Familienpartei sind ihr gute Schulen sehr wichtig. Dazu gehören neben gut ausgebildeten Lehrpersonen, genügend Schulraum und Ressourcen, auch Klassengrößen, in welchen für jeden einzelnen Schüler ein förderliches Klima zum Lernen vorherrscht. Um dem gerecht zu werden, sollte ihres Erachtens der Klassenschnitt von 20 Kindern nicht überschritten werden. Aus rein finanzieller Sicht und mit dem Spargedanken im Hintergrund könnte man zum Entschluss kommen, dass man die zwei beantragten Klassen auch erst ein Jahr später eröffnen könnte. Aus pädagogischer Sicht jedoch und der Verpflichtung gegenüber den Schülern und Eltern heraus haben solche Gedankenspiele bei der CVP keinen Platz. Die Schaffung einer „Super-EK-Klasse“ ist sicher nicht anstrebenswert, diese wäre sehr schwierig zu führen, verursacht unnötige Folgekosten, ist nicht förderlich für die Kinder und ihre Entwicklung und führt voraussichtlich zu negativer PR der Schule. Auch das Auseinanderreißen von Klassen und die Umteilung von Schülern in andere Klassen und sogar Schulhäuser führen zum Unmut bei Eltern, was man sich nicht leisten will und kann. Gute Schulen sind ein wichtiger Standortmarketing-Faktor, welcher mit der Wohnqualität gleichzusetzen ist und für Neuzuzüger mit Kindern ein nicht zu unterschätzendes Kriterium darstellt. Daher erachtet die CVP-Fraktion es als unumgänglich, die beiden beantragten Klassen zu bewilligen, und ist für Eintreten. Er persönlich wird den Anträgen zustimmen.

2.2 Gemäss Gemeinderätin Angela Kummer beantragt die Geschäftsleitung Schulen Grenchen die Eröffnung von je einer achten 1. und 3. Primarschulklasse auf nächstes Schuljahr. Der Systemwechsel zum integrativen Modell der Speziellen Förderung kommt allerhöchstwahrscheinlich. Die Schulen Grenchen müssen also davon ausgehen, dass der Systemwechsel definitiv kommt, und daher die notwendige Planung der Auflösung der Einführungsklassen angehen. Die vorliegende Lösung ist nach Ansicht der SP-Fraktion auch „zwingend notwendig“ und hat deutlich mehr Vor- als Nachteile. Es ist bedenklich, würde man hier nur finanzpolitisch denken.

Was wäre das für ein Start in die Schullaufbahn, wenn die Klassen nach einem Jahr schon wieder auseinander gerissen würden und viele Schülerinnen und Schüler vielleicht sogar in ein anderes Schulhaus, sicher aber zu einer anderen Lehrperson und mit anderen „Gspänli“ zur Schule gingen? Ein solcher Schulstart ist niemandem zu wünschen. Die Eltern würden eine andere Lösung sicher nicht goutieren und wohl einen „Aufstand“ machen. Mit der vorgeschlagenen Lösung der Geschäftsleitung Schulen Grenchen kann der Start zur integrativen Schule geordnet erfolgen. Die Schülerinnen und Schüler der Einführungsklassen werden fair auf die bestehenden Klassen verteilt. Die Klassengrößen sollen wenn möglich optimiert werden, das wurde vom Gemeinderat so bestimmt. Für die SP sind dies jedoch Richtwerte. Der anzustrebende Mittelwert über alle Primarschulklassen von 20 Schülerinnen und Schülern wird überschritten, so kann der Durchschnitt in den 1. Klassen ausnahmsweise mal tiefer sein, zumal es sich ja sehr gut begründen lässt. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und genehmigt die Eröffnung einer achten 1. Klasse und einer achten 3. Klasse ab Schuljahr 2018/19 sowie den vorliegenden Pensenantrag an den Kanton.

2.3 Grenchen wächst und wächst..., so Gemeinderat Robert Gerber, und das führt zu neuen Herausforderungen und stellt neue Aufgaben, die gelöst werden müssen. Niemand wird bestreiten, dass diese Entwicklung auch Geld, viel Geld kostet. Was dem Gemeinderat da heute zum Beschluss vorgelegt wird, ist nicht einfache Kost. Oberflächlich betrachtet geht es um Mehrausgaben von einer Viertelmillion Franken pro Jahr. Geht man der Sache aber etwas näher auf den Grund und wägt zwischen den aufgelisteten Vor- und Nachteilen einer Eröffnung neuer Klassen etwas ab, sieht die Sache dann doch etwas anders aus. Es hat auch gewichtige Nachteile, wenn man die zusätzlichen Klassen später eröffnet. Seien es die Fragen der Kontinuität (bei jüngeren Kindern sehr wichtig), sei es das Auseinanderreißen von Klassen - nicht von einer, von mehreren (bis zu 15) - sei es die Unruhe der betroffenen Elternschaft. Unter Umständen müsste dann auch eine Art Taxidienst für Schülerinnen und Schüler ins Auge gefasst werden, um die Folgen der Umverteilung zu mindern. Was das heisst, muss er nicht speziell erwähnen. Da würde dann die Büchse der Pandora geöffnet. Man kann das Ganze hin und her schieben. Man kann Vor- und Nachteile einander gegenüberstellen. Was bei der Abwägung zuletzt zählt, ist die Tatsache, dass es um Kinder und um deren Zukunft geht. Es wird sonst auch bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gesagt, dass Bildung etwas vom Wichtigsten sei. Zur Schule ist jeder und jede einmal gegangen und deshalb fühlen sich alle befähigt, hier eine Expertenrolle zu spielen. Und darum beisst die FDP in diesen Apfel und stimmt dem Pensenantrag und der Klasseneröffnung zu.

2.4 Gemeinderätin Nicole Hirt dankt für die Ausarbeitung der Vorlage, die sie mehrmals lesen musste, bis sie sie wirklich verstanden hat. Normalerweise geht ein Pensenantrag für die Schulen relativ sec durch den Gemeinderat. Dieses Jahr sieht es für sie ein wenig anders aus. Und jetzt muss sie halt sagen, was ihr schon seit geraumer Zeit auf der Zunge liegt: Sie ist enttäuscht, sogar sehr enttäuscht, und das aus mehreren Gründen. Der jetzige Gesamtschulleiter Hubert Bläsi hat in seiner damaligen Funktion als Primarlehrer und Kantonrat den Auftrag der Grenchner Vertreter mitunterstützt, wonach bei der Umgestaltung der Speziellen Förderung die Gemeinden eine Wahlfreiheit haben sollen. Der Auftrag war damals mitunter ein Grund, warum die Spezielle Förderung im 2014 nicht flächendeckend eingeführt wurde, sondern der Schulversuch um 4 Jahre bis 2018 verlängert wurde.

In ihren Augen hätte sich der Gesamtschulleiter als Chef des grössten Schulträgers und in seiner Funktion als Kantonsrat vehement dafür einsetzen müssen, dass es weiterhin eine Klasse für Schülerinnen und Schüler gibt, die nicht gut oder gar nicht Deutsch sprechen. Dieses Jahr hätte die integrative Beschulung also für alle Schulträger eingeführt werden sollen. Das Geschäft ist aber im Kantonsrat noch nicht durch und deshalb hat der Gesamtschulleiter seinerzeit hier im Rat bei einem anderen Geschäft das Versprechen abgegeben, nichts in Sachen Spezielle Förderung zu unternehmen, bis das Geschäft im Kantonsrat durch ist. Geplant ist es für die KR-Session im Frühling. Der Gesamtschulleiter bricht mit dieser Vorlage jetzt aber sein Versprechen und daran hat sie wirklich keine Freude. Im Hinblick auf die definitive Einführung will man eine achten 1. Klasse und eine achten 3. Klasse eröffnen mit der Begründung, dass man nicht Klassen auseinanderreissen will, die man nächstes Jahr wieder anders zusammensetzen muss. Wer schon einmal eine Schule mit integrativer Förderung resp. integrativer Beschulung besucht hat – sie unterrichtet gerade an so einer – konnte feststellen, dass dort jahrein, jahraus ein dauerndes Kommen und Gehen herrscht. Deshalb spielt es gar keine Rolle, ob man mit den zwei Klassen noch ein Jahr länger wartet. Ihres Erachtens kann man die zwei Klassen sehr gut erst nächstes Jahr eröffnen. Man spricht hier von CHF 200'000.00, die es die Stadt kostet. Sie gibt zu, dass sie als Lehrperson nicht Freude an grosse Klassen hat. Aber CHF 200'000.00 für so etwas auszugeben bei all den Sparbemühungen, die man in den letzten Jahren unternommen hat, kann sie schlichtweg nicht verantworten. Deshalb stellt sie den Antrag, dass man die Eröffnung der zwei Klassen streicht und nächstes Jahr wieder über das Gleiche diskutiert. Jetzt die Klassen zu eröffnen, ist absolut nicht nötig, nicht einmal aus pädagogischer Sicht. Das reicht nächstes Jahr noch längstens. Für die Leute, die von der Speziellen Förderung nicht so eine grosse Ahnung haben, hat sie noch folgende Information: Sie hat ausgerechnet, dass mit dem Lektionenpool, den der Kanton vorschreibt, in Grenchen in einer Regelklasse zukünftig im Durchschnitt 6 Lektionen durch einen Heilpädagogen pro Klasse möglich sein werden. Den Rest der Zeit ist die Klassenlehrperson allein mit der Klasse. Kommt hinzu, dass aktuell jeder zweite Heilpädagoge nicht die Ausbildung besitzt, die er eigentlich haben müsste. Man darf auch nicht vergessen: In Grenchen hat man über 50% fremdsprachige Schülerinnen und Schüler. Sie fragt sich, ob man das wirklich in Grenchen will. Sie will das nicht. Und wenn man sich rechtzeitig als Kantonsrat gewehrt hätte, denn hätte man etwas erreichen können. Wer sonst, wenn nicht ein Kantonsrat?

- 2.5 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Richard Aschberger, schliesst sich vollumfänglich dem Votum von Nicole Hirt an, die ebenfalls gewisse Fakten dargelegt hat. Er hat sich persönlich noch schlau gemacht, wie es im Kanton Aargau abläuft, welcher schon eine längere Erfahrung mit integrativer Beschulung aufweist. Es sind auch dort fünf bis sechs Lektionen pro Woche, d.h. es sind in einer Primarklasse bis zu zwei Heilpädagogen mit dabei. Den Rest der Woche ist die Lehrperson alleine. Die SVP sieht hier ein gewisses Risiko für die Stadt Grenchen mit ihrem hohen Fremdsprachigenanteil. Man möchte nicht anfangen, Lehrpersonen zu verheizen. Das meiste wurde bereits gesagt, er möchte noch Kritik zu Ziff. 2.6.3 üben - das betrifft die Finanzen. Die SVP möchte, dass wie bei anderen Geschäften auch die Nettokosten klar und deutlich ausgewiesen werden. In der Vorlage sind nur die Bruttokosten für eine Klasse aufgeführt. Man müsste noch berücksichtigen, dass Grenchen einen Anteil von 68% an den Kosten übernehmen muss. Dann kommt man in der Endrechnung auf Kosten von CHF 200'000.00 bis CHF 250'000.00.

Die SVP möchte das nächste Mal die effektiv anfallenden Kosten. Sie wird den Anträgen von Nicole Hirt folgen und kann dem Geschäft so nicht zustimmen.

- 2.6 Laut Gemeinderat Peter Brotschi war Grenchen bisher in Sachen Spezielle Förderung in einer speziellen Lage. Grenchen hatte separative Beschulung. Für ihn ist das eine Sache, die auch ideologischer Art ist. Denn das ist etwas, das nicht nur den Schulen, sondern auch den einzelnen Kindern gut bekommt. Jetzt steht man an einer Wegscheide, man sieht erst den Wegweiser, den man in Form einer kantonsrätlichen Vorlage im Rucksack hat, aber man steht noch nicht auf der Kreuzung. Wohin der Weg genau geht, wird im März 2018 im Kantonsrat entscheiden. Seiner Meinung nach sollte sich Grenchen als Stadt zusammen mit anderen Gemeinden beim Kanton stark machen, damit es eine Art Einschulungsklasse wie im Kanton Zürich gibt. Er hat hier ein 6-seitiges Papier zum Zürcher Modell. Nach dem Zürcher Modell gehen Kinder mit Förderungsbedarf im Übergang vom Kindergarten zur Primarschulstufe ein Jahr länger in die Schule. Für ihn ist es fatal, wenn die Stadt Grenchen mit ihrem hohen Anteil an fremdsprachigen Kindern das Gefäss in Zukunft nicht mehr haben wird. Man muss den fremdsprachigen Kindern, die es brauchen, ein Jahr mehr Beschulungszeit geben können. Grenchen sollte sich zusammen mit anderen Gemeinden für so ein Modell stark machen. Mit dem heutigen Entscheid sendet der Gemeinderat zum falschen Zeitpunkt – d.h. vor dem Kantonsrat - ein falsches Signal aus. Selbstverständlich wird er den demokratischen Beschluss des Kantonsrats akzeptieren, obwohl er sich seit acht Jahren gegen die spezielle Förderung gewehrt hat. Er führt so eine Klasse, er weiss, was das bedeutet, das ist kein Zuckerschlecken. Auch wenn es vielleicht ein Kampf gegen Windmühlen ist, ist er der Meinung, dass im ganzen Kanton - es sind auch noch andere Gemeinden in dieser Lage - aber speziell in Grenchen so eine Einschulungsklasse nötig ist. Er hat seit einer Woche Rückenwind der CVP Schweiz, welche vor einer Woche in Bern ihr Positionspapier Bildung verabschiedet hat. Dort steht in Ziff. 4 geschrieben: *„Keine flächendeckende integrative Förderung: Die integrative Förderung bewährt sich nicht für alle Kinder. Diese Zusatzbelastung für die Lehrperson kann zu Überforderung und Qualitätseinbussen führen, unter denen alle Kinder leiden. Aus diesem Grund fordert die CVP, dass das Modell der integrativen Förderung grundlegend kritisch analysiert und hinterfragt wird. Für Kinder, die auf eine engere Unterstützung angewiesen sind, und Verhaltensauffällige, die in der Regelklasse nur ungenügend beschult werden können, müssen weiterhin Spezialklassen geführt werden können. Für Kinder mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten braucht es eine echte Begabtenförderung.“* Das ist die Position der CVP Schweiz, der er sich nur anschliessen kann.

- 2.7 Hubert Bläsi nimmt zu den aufgeworfenen Fragen bzw. Bemerkungen wie folgt Stellung: Seine Rolle als Gemeinderat, Kantonsrat und auch als Privatperson wurde angesprochen. Er ist immer noch der gleichen Meinung wie vorher und hat das auch beim letzten Geschäft klar deklariert und deutlich dem Rat dargelegt. Er kann aber nichts gegen die Macht des Faktischen tun. Es gibt eine Volksabstimmung, man hat das Gesetz, das die separative Massnahme oder Art nicht mehr toleriert. Man hat die Möglichkeit, jetzt separative Gefässe einzuführen. Hier ist man auf dem Weg und hat hier ein Grundkonzept. Er betont, dass die Schule nichts unternommen hat. Es werden Vorbereitungsarbeiten ausgeführt, über die man froh sein sollte, weil es Termine mit Kündigungen, Wiederanstellungen. Rekrutierungen etc. einzuhalten gilt. Das ist eine Riesensache. Es wird nur aufgegleist, was man machen müsste, wenn... Er hat die Kantonratsvorlage vor sich liegend. Er weiss nicht, ob sie jemand gelesen hat. Dort steht nichts von separativ/integrativ. § 36 Volksschulgesetz bleibt unverändert.

Der Mist ist gekarrt. Es ist nichts mehr zu machen. Man kann es aber so gestalten, dass man alle Möglichkeiten nutzt. Die Schulen Grenchen wollen möglichst viele Ressourcen in die Schnittstellen Kindergarten/1. Klasse, 1. Klasse/2. Klasse investieren, damit man eine Form findet, die von Kanton noch toleriert wird. Der Kanton hat ihm schriftlich bestätigt, was möglich ist und was nicht. Man kann den Weg nicht mehr ändern, aber wenn man es seriös machen und bereit sein will, muss man halt diesen Weg gehen. Den Pensenantrag hätte er im Dezember abgeben sollen. Er musste bereits dort um einen Sonderfall bitten. Der Kanton hat sogar ein Sonderformular für Grenchen kreiert. Natürlich muss man etwas für Kinder bereitstellen, die nicht Deutsch können. Es gibt zwei Fremdsprachenklassen in der Stadt Grenchen. Dieses Gefäss kann man auch behalten. Es geht bei den Klassen nicht nur um die Grösse, sondern auch um die Verteilung und die Inhalte. Man kann nicht ein ganzes Kollektiv von Kindern mit Defiziten in eine Klasse tun. Die Kinder müssen auf die verschiedenen Klassen verteilt werden. Das ist sonst nicht zu verantworten. Das ist nun einmal Fakt. Zum Argument, dass es nächstes Jahr auch noch reicht: Jawohl, aber dann hat man die entsprechend negativen Folgen. Er kann nicht verantworten, kein achte 1. Klasse ab Schuljahr 2018/19 zu eröffnen. Für die Eröffnung einer achten 3. Klasse ab Schuljahr 2018/19 sprechen pädagogische Gründe, die Eltern und Kindern zugutekommen. Man hat sich im Kantonsrat gewehrt, so gut es gegangen ist, und ist ein paar Leuten auf die Füsse gestanden. Weshalb sonst hätte Grenchen ein Jahr länger erhalten. Das ist schon ein Sonder-Sonder-Sonderfall. Dies ist auf den engagierten Einsatz zurückzuführen. Als Kantonsrätin und Kantonsrat müsste man wissen, dass es nicht genügt, mit dem Finger zu schnippen und dann hat man es. Das war wirklich ein Kampf und den hat man solange geführt, wie es möglich und sinnvoll war. Zur Forderung, die Finanzen klar und deutlich aufzuzeigen, ist zu sagen, dass es sich hier um einen Pensenantrag handelt. Wenn der durch ist, kommen die detaillierten Berechnungen. Er sollte schon lange den Pensenantrag eingeben und hat keine andere Wahl. Er hat nicht den Eindruck, dass etwas anderes kommen wird, ausser mit den Varianten, die er vorhin erläutert hat. Separativ/integrativ ist, so leid es ihm tut, kein Thema mehr. Seitens Kanton wurde ihm mehrfach versichert, dass man sich nicht mehr wehren kann. Man kann sich inhaltlich zu Nuancen, so wie sie hier dargestellt sind, äussern und versuchen, möglichst viele separative Gefässe einzuführen. Das Zürcher Modell mit einer Einschulungsklasse wollte man in einer Solothurner Gemeinde einführen, was aber vom Kanton abgelehnt wurde. Die Grundbedingung ist, dass jedes Kind einer Regelklasse zugeordnet ist. Dann kann man nur einen Teil separativ gestalten, der Rest des Unterrichts findet wieder in der Stammklasse statt. Er hat als Kantonrat und Privatperson seine Position einmal definiert und seine Meinung seither nicht geändert. Aber aufgrund der gesetzlichen Grundlagen kann er als Gesamtschulleiter nicht anders argumentieren. Er weiss, dass es komplex ist. Es war auch nicht so einfach, dies zu Papier zu bringen.

2.8 Nicole Hirt meint, dass Grenchen nicht der einzige Schulträger ist, der umstellen muss. Es geht hier nicht nur um die Rolle von Hubert Bläsi als Kantonsrat, sondern auch als Gesamtschulleiter. Er hätte als Chef des grössten Schulträgers in Solothurn entsprechend wirken können, damit Grenchen bessere Voraussetzungen gewährt werden.

2.9 Hubert Bläsi erwidert, dass es drei Schulträger sind, aber Grenchen hat noch ein Jahr länger Zeit.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Der Antrag Ziff. 4.1 wird mit 9 : 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen.

3.2 Der Antrag Ziff. 4.2 wird mit 9 : 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen.

3.3 Der Antrag Ziff. 4.3 wird mit 14 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen

Es ergeht folgender

4 Beschluss

4.1 Ab Schuljahr 2018/19 wird eine achte 1. Klasse eröffnet.

4.2 Ab Schuljahr 2018/19 wird eine achte 3. Klasse eröffnet.

4.3 Der Pensenantrag an den Kanton wird genehmigt.

Vollzug: GLSG

GLSG
PA
FV

2.0.0 / acs

Postulat Angela Kummer (SP): Mittagstisch im Schulkreis Kastels: Beschluss über Erheblicherklärung

1 Mit Datum vom 21. November 2017 reichte die Angela Kummer (SP) folgendes Postulat ein:

1.1 Postulatstext

Im Schulkreis Kastels soll ab Schuljahr 2018/2019 wie in den anderen Grenchner Schulhäusern ein Mittagstisch angeboten werden. Dieser soll mindestens 10 Plätze bieten und an so vielen Wochentagen wie nötig angeboten werden.

Der Mittagstisch soll ein bedarfsgerechtes Angebot schaffen und dem Anliegen vieler Eltern entgegenkommen. Aus Platzgründen soll der Mittagstisch in einem bestehenden Schulzimmer installiert werden. Er ist als Übergangslösung zu verstehen, bis nach dem Ausbau des Schulhauses Kastels mit Doppelturnhalle und weiteren Schulräumen geeignetere Räume für schulergänzende Tagesstrukturen erstellt werden.

Begründung

Schulergänzende Tagesstrukturen gehören heutzutage standardmässig zu einer Schule einer Stadt unserer Grösse. In anderen Städten gibt es sogar die Angebote von Horts oder Tagesschulen.

Aktuell bestehen in den beiden Primarschulhäusern Eichholz und Halden Tagesstrukturen mit je 20 Plätzen mit Morgenbetreuung, Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung mit Hausaufgabenhilfe. Dieses Angebot ist sehr gefragt und erleichtert vielen Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Im dritten Grenchner Primarschulhaus – dem Schulhaus Kastels – werden von den Eltern der dortigen Schülerinnen und Schülern auch Tagesstrukturen gewünscht. Der Elternrat Kastels hat sein Anliegen diesen Sommer dem Gesamtschulleiter schriftlich mitgeteilt.

Es ist unfair, wenn in nur einem Schulhaus kein entsprechendes Angebot existiert. Darum bitten wir die Verwaltung zu prüfen, ob im Schulhaus Kastels ab dem Schuljahr 2018/2019 auch ein Mittagstisch für Schülerinnen und Schüler des Schulkreises Kastels eingerichtet werden kann.

2 Begründung der Postulantin

2.1 Gemeinderätin Angela Kummer hat keine weiteren Bemerkungen.

3 Erläuterungen

Gesamtschulleiter Hubert Bläsi nimmt wie folgt Stellung:

- 3.1 Wie in der Begründung zum Postulatstext erwähnt, wurde der Elternrat ‚Kastels‘ beim Gesamtschulleiter (GSL) vorstellig. Dieser hat anschliessend vor Ort an einer Sitzung des Gremiums teilgenommen und Gespräche mit der zuständigen Schulleitung, wie auch mit der für die Tagesstrukturen zuständigen Leiterin der Schulverwaltung, geführt.
- 3.2 Das Anliegen wurde ebenfalls in schriftlicher Form eingereicht. Adressiert war das Schreiben an den Gemeinderat. In der Folge erhielten sowohl der Elternrat wie auch die Mitglieder des Gemeinderates eine Stellungnahme des GSL zugesandt.
- 3.3 Mit dem nun vorliegenden Postulat ist das Begehren officialisiert. Es kann somit im Gemeinderat darüber debattiert werden.
- 3.4 Die vorliegende Argumentation seitens der Verwaltung entspricht der bereits früher kommunizierten Version. Sie wird durch aktualisierte Inhalte ergänzt.
- 3.5 Mit der von der Postulantin eingebrachten Stossrichtung stimmt die Stadt grossmehrheitlich überein. Das Thema ‚Tagesstruktur Kastels‘ wurde bereits im Projekt ‚Schulraumplanung‘ behandelt. Dabei wurde der Bedarf einer Tagesstruktur aufgezeigt. Die Stossrichtung wurde auch vom Gemeinderat gutgeheissen. Sowohl die geplante Umstrukturierung, wie auch der Ausbau im Schulkreis Kastels, gestalten sich jedoch komplex. In der städtischen Ablaufplanung werden die Massnahmen als vordringlich bewertet. So ist ein städtischer Projektausschuss auf dem Weg, eine möglichst nachhaltige Lösung zu kreieren.
- 3.6 Im Kastels ist die Tagesstrukturplanung mittlerweile soweit gediehen, dass ein Lösungsvorschlag in Kürze vorliegen sollte. Noch diesen Monat (Januar 2018) treffen sich die Verantwortlichen mit der Zielsetzung, dass ab Schuljahr 2018/19 im Kastels ein Angebot vorhanden ist. Momentan noch offen sind Umfang und Ausgestaltung des Angebots. Klar ist aber, dass es sich um eine Erweiterung des städtischen Angebots handeln wird. Im Sinne der Gleichbehandlung mit den anderen Schulkreisen, ist dies aber gerechtfertigt.
- 3.7 Seitens der Schulleitung vor Ort werden die Ausführungen der Postulantin begrüsst und unterstützt. Bei der bereits erwähnten Ausarbeitung eines Vorschlages wird nicht ein allumfassendes Angebot angestrebt. Man kann sich vorstellen, dass vorerst eine Startvariante befürwortet wird. Falls es im Kastels dazu kommen sollte, dass einer der beiden Kindergärten innerstädtisch verschoben wird (wie beim Gemeinderat beantragt), entstünde daraus ein idealer Raum, um die Tagesstrukturen unterbringen zu können.
- 3.8 Fazit: Es wird anerkannt, dass im Schulkreis Kastels eine vernünftige Lösung für die Tagesstrukturen geschaffen werden soll. Die Verantwortlichen werden eine Variante ausarbeiten und diese den Behörden zeitnah zur Genehmigung vorlegen. Was den Bedarf angeht, würde man eine Erhebung via Fragebogen durchführen, um zu wissen, wie gross das Volumen ist.
- 3.9 Die Verwaltung beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

4 Diskussion

- 4.1 Gemeinderat Richard Aschberger erklärt, dass die SVP-Fraktion das Postulat nicht erheblich erklären wird. Die SVP war schon in den letzten Jahren dagegen, z.B. als es darum ging, im Eichholz einen Mittagstisch einzuführen. Sie geht davon aus, dass sie die einzige Fraktion sein wird, die dagegen ist. Deshalb möchte sie noch zwei Punkte anbringen, die man bei der Planung berücksichtigen könnte: Man sollte von Anfang an gar nicht erst versuchen, eine Luxusküche zu planen, die dann - wie dies im Eichholz der Fall war - vom Gemeinderat wieder redimensioniert werden muss. Der zweite Punkt sind die Gebühren - das ist etwas, das er fast in jeder GR-Sitzung immer und immer wieder erwähnt. Die Elterntarife sollten bei dieser Gelegenheit überprüft und angepasst werden.
- 4.2 Laut Maria Lo Giudice, Ersatz-Gemeinderätin, ist die FDP-glp-Fraktion für Eintreten und unterstützt das Postulat von Angela Kummer. Die FDP-glp setzt sich für so ein Anliegen ein. Ihr ist es wichtig, den erwerbstätigen Familien im Schulkreis Kastels damit entgegen zu kommen. Wie in den anderen Schulkreisen Eichholz und Halden muss auch im Kastels ein Angebot realisiert werden. Tagesstrukturen müssen heutzutage standardmässig zu einer Schule in der Stadt Grenchen gehören. Heutzutage, wo Frauen arbeiten wollen oder sogar müssen, ist es undenkbar, keine Tagesstrukturen zu haben. Das Angebot soll vielen Eltern die Vereinbarkeit zwischen Familie und Berufsleben erleichtern. Die FDP-glp-Fraktion ist für Erheblicherklärung.
- 4.3 Die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, findet, dass es im Sinne der Gleichbehandlung nötig ist, im Kastels ebenfalls Tagesstrukturen einzuführen. Sie wird das Postulat deshalb erheblich erklären.
- 4.4 Angela Kummer dankt für die relativ positive Aufnahme. Ihr geht es darum, dass man jetzt einfach einmal mit einem Angebot im Kastels startet. Ihres Erachtens braucht es auch keine Luxusküche oder Luxuslösung. Es bringt schon sehr viel, wenn man jetzt einmal einen Mittagstisch einrichtet. Es wurde immer gesagt, dass man im Kastels einmal umfassende Tagesstrukturen will, d.h. mit den Betreuungseinheiten Morgentisch, Mittagstisch, Nachmittag. Dies kann man aber erst umsetzen, wenn man den Ausbau des Schulhauses bzw. des Schulkreises generell angeht. Ihr ist es ein Anliegen, dass man ab dem nächsten Schuljahr mit dem Mittagstisch ein bedarfsgerechtes Angebot schaffen kann.
- 4.5 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 11 : 4 Stimmen folgender

5 Beschluss

- 5.1 Das Postulat wird erheblich erklärt.

SV
GLSG
BD
FV
PA

2.9.5 / acs

Postulat Peter Brotschi (CVP): Preis der Stadt Grenchen für besonders gelungene Liegenschafts-Renovationen: Beschluss über Erheblicherklärung

1 Mit Datum vom 31. Oktober 2017 reichte die Peter Brotschi (CVP) folgendes Postulat ein:

1.1 Postulatstext

Das Stadtpräsidium wird eingeladen zu prüfen, ob die Stadt Grenchen alljährlich einen Preis vergeben sollte für die Eigentümer von Liegenschaften, die eine besonders gelungene Renovation durchgeführt haben.

Begründung

Das Aussehen einer Ortschaft hängt wesentlich vom Zustand ihrer Liegenschaften ab. Im Unterhalt vernachlässigte Häuser geben ganzen Strassenzügen und Quartieren ein schlechtes Gepräge. Potentielle Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger sowie Investoren lassen sich dadurch eventuell negativ beeinflussen. Auch als Einwohnerin und Einwohner fühlt man sich ohne Zweifel besser aufgehoben in einer Ortschaft, deren Liegenschaften in Ordnung gehalten werden.

In Grenchen gibt es viele Liegenschaften, die dringend der Sanierung bedürfen. Auf der anderen Seite wurden in letzter Zeit auch wertvolle Renovationen realisiert, wie beispielsweise die beiden Mehrfamilienhäuser zuoberst an der Kastelsstrasse.

Um diese Entwicklung zu fördern, sollte die Stadt Grenchen einen Preis für besonders gelungene Renovationen ausschreiben. Der Preis müsste nicht finanzieller, sondern vor allem ideeller Natur sein. Auch mehrere Preisträger pro Jahr wären möglich. Die Jury könnte sich aus Mitgliedern der Bau-, Planungs- und Umweltkommission und der Kulturkommission sowie eventuell der Wirtschaftsverbände zusammensetzen.

2 Begründung des Postulanten

2.1 Gemeinderat Peter Brotschi verweist auf die Begründung im Postulatstext. Er hat vor etwa drei Wochen einen weiteren Motivationsschub erhalten, als an der Kirchstrasse, Ecke Bündengasse Teile eines Balkons abgefallen sind. Feuerwehr und Polizei waren vor Ort und leiteten Absperrungsmassnahmen ein. Er ist per Zufall vorbeigefahren. Da dachte er bei sich, dass sein Postulat wohl doch nicht so schlecht ist.

3 Erläuterungen

Stadtbaumeister Drazenka Dragila-Salis nimmt wie folgt Stellung:

- 3.1 Das Aussehen einer Ortschaft und das Wohlbefinden ihren Bewohnerinnen und Bewohnern hängt wesentlich vom Zustand ihrer Liegenschaften, und von der Art und Weise wie die Liegenschaften saniert werden. Aber nicht nur der Zustand der Liegenschaften, sondern auch die Qualität des Zwischenraumes spielt eine grosse Rolle in der Wahrnehmung und der Aufenthaltsqualität unseres Lebensraumes, denken wir nur an Aspekte wie Stadtgrün, Begegnungsorte, Spielplätze oder Verkehrssituation (Sicherheit, Lärm...).
- 3.2 Gemäss Bundesamt für Statistik sind in der Schweiz ca. 75% aller Gebäude älter als 30 Jahre (erbaut vor 1990). Diese Statistik gilt auch für den Kanton Solothurn. Der Bedarf an Sanierungen oder Ersatzneubauten ist allgemein gross. Für die baulichen und städtebaulichen Entwicklungen existieren verschiedene gesetzliche Regeln und täglich kommen neue dazu.
- 3.3 Erfreulicherweise wurden in letzter Zeit zahlreiche Liegenschaften renoviert. Das wird von der Baudirektion nach Kräften unterstützt und kann auch ‚ansteckende‘ Wirkung auf Nachbarhäuser haben.
- 3.4 Seit Jahren schreibt die Stadt die Immobilienbesitzer an, die grössere Renovationen durchgeführt haben, gratuliert ihnen und dankt für den Effort zu Gunsten der Stadt Grenchen. Die Baudirektion liefert dem Stadtpräsidium die entsprechenden Informationen.
- 3.5 Eine formalisierte Preisverleihung für besonders gelungene Sanierungen erscheint aus verschiedenen Gründen aber als nicht sinnvoll:
- Sie könnte kaum die Motivation für neue, beispielhafte Sanierungen, bzw. Investitionen in Grenchen darstellen.
 - Gerade Eigentümer ungepflegter Liegenschaften wären damit nicht zum Handeln zu bewegen.
 - Auch wenn der Preis nur ideeller Art wäre, wäre allein der Aufwand für die Durchführung eines qualifizierten Verfahrens kostspielig: interne Verwaltungsressourcen, Fachexperten in der Jury, Kommunikation, etc. Weder die BAPLUK, die KUKO noch die Wirtschaftsverbände wären die geeignete Jury. Für eine allgemein qualifizierte Auszeichnung wäre ein Fachgremium die Bedingung. Nach Einschätzung der Verwaltung steht der Aufwand nicht mit dem Ertrag im Einklang.
- 3.6 Hingegen ist Öffentlichkeitsarbeit natürlich auch im Bereich Stadtraum ein wichtiges Anliegen: Beispielsweise wurde im November 2015 erstmals die Veranstaltung „Fokus Stadtbau“ durchgeführt. Hier wurde dem Publikum einerseits eindrücklich gezeigt, was in letzter Zeit realisiert wurde, respektiv was an Planung und Projekten in Arbeit ist, bei Privaten wie bei der Stadt. Der Anlass bot auch den idealen Rahmen, besondere Projekte zu würdigen; so wurde die Wiederinbetriebnahme des Tunnelwasser-Kraftwerks als besondere Privatinitiative mit einem Anerkennungspreis gelobt.

Eine solche Veranstaltung ist sehr flexibel und kann entsprechend Schwerpunkte setzen. Sie bietet mehr Möglichkeiten als ein reiner „Renovationspreis“. Nach dem überzeugenden Echo der ersten Veranstaltung soll zu gegebener Zeit eine erneute Durchführung an die Hand genommen werden. Je nachdem werden Renovationen oder aber auch andere jeweils aktuelle Aspekte im Zentrum stehen.

- 3.7 Geeignete Massnahmen für das Fördern und Fordern von beispielhaften Renovationen sieht die Baudirektion auch in der Formulierung von griffigeren Instrumenten des Baureglements der Stadt Grenchen. In der aufgelegten Revision der Ortsplanung sollte diesem Anliegen Rechnung getragen werden. Die Gemeindeversammlung der Stadt Grenchen hat das Leitbild 2040 im Dezember 2017 genehmigt. Unter dem Titel „der dynamische Technologiestandort“ (Blatt 3 des Leitbildes) ist unter den prioritären Zielen definiert, dass die Stadt „das baukulturelle Erbe pflegt und qualitativ für heutige Bedürfnisse in Wert setzt“. Es gilt, dieses Ziel in den zu revidierenden Planungsinstrumenten zu verankern.
- 3.8 Die Verwaltung beantragt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

4 Diskussion

- 4.1 Gemeinderat Daniel Hafner erklärt, dass das Anliegen von Peter Brotschi auch eines der SP-Fraktion ist. Es ist absolut prioritär, dass Grenchen visuell eine bessere Falle macht. Es hat in der Stadt zu viele „Leichen“. Es ist für das geübte Auge eine Qual, wenn man sieht, was zum Teil herumsteht - wenn es noch einigermaßen steht. Er hat heute beim Traktandum 2 (*“Businessplan 2015 - 2018: Jährliche Berichterstattung zum Aktionsplan per Ende 2017“*) die Bilder der zwei baufälligen Baracken beim Bahnhof Süd gesehen. Für ihn sind diese zwei Objekte auch ein Ärgernis und er begrüsst es sehr, dass man hier seitens Wirtschaftsförderung aktiv wurde. Er wird sich in dieser Angelegenheit nach Möglichkeit auch engagieren und die entsprechenden Leute kontaktieren. Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Es ist aber fraglich, ob man mit dem gewählten Preis, der ideeller Natur ist, dem Ziel gerecht wird, dass es zu Renovationen von solchen Gebäuden kommt. Und zwar genau aus den Gründen, welche die Stadtbaumeisterin vorhin angeführt hat. Die anstehende Ortsplanung, die für Grenchen eine grosse Chance darstellt, um die Stadt vorwärts zu bringen, soll das ideale Instrument sein, damit man mit der entsprechend formulierten Gesetzgebung eine gute, wirksame Renovation eines Objekts durchführen kann. Die Idee von Peter Brotschi ist im Grundsatz sympathisch. Etwas, das realisiert wurde, gut zu finden und zu ehren, ist begrüßenswert, aber der Aufwand und der Ertrag stimmen nach Ermessen der SP nicht überein. Sie stellt deshalb den Antrag, das Postulat nicht erheblich zu erklären.
- 4.2 Die SVP, so Gemeinderat Marc Willemin, unterstützt das Votum der Baudirektion und wird das Postulat ebenfalls nicht erheblich erklären. Man könnte die ganze Sache auch umkehren und Schadflecke aufdecken und öffentlich machen, analog dem Beispiel im Traktandum 2. Die veröffentlichten Fotos von Gegebenheiten und Plätzen könnten dazu dienen, dass sich die Leute ihres negativen Erscheinungsbildes bewusst werden und man mit ihnen diskutieren könnte, was sie unternehmen könnten.
- 4.3 Gemeinderat Konrad Schleiss findet die Idee von Peter Brotschi an sich auch wünschenswert. Man hätte lieber eine schöne Stadt. Hier könnte man sofort abstimmen und alle wären dafür.

Als BAPLUK-Präsident hat er sich überlegt, was man dann für zusätzliche Arbeit hätte. Jetzt kommt die Ortsplanungsrevision. Dort an den Reglementen herumzuschrauben, ist schon viel Arbeit. Im Hinblick auf den Preis dann zu entscheiden, wen man genau prämiieren will, wird schwierig. Der grösste Teil sind energetische Sanierungen, die man von aussen nicht unbedingt sieht. Die Wahrung des baukulturellen Erbes sind ein paar einzelne Elemente. Dann müsste man Ästhetik gegen Energienutzung abwägen, d.h. die verschiedenen Argumente gegeneinander aufwiegen. Das wird sehr kompliziert. Er denkt, dass er mit den anderen BAPLUK-Mitgliedern im Rat einig geht, dass die BAPLUK nicht unbedingt Arbeit sucht. Er hätte Angst vor der Aufgabe. Er würde etwas anderes empfehlen: Ähnlich wie man Anti-Littering-Massnahmen ergreift, würde er probieren, im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zur Ordnung auch im Gebäudebereich aufzurufen. Er weiss nicht, ob das gerade eine Schadfleck-Ausstellung werden muss. Da wäre er wieder eher kritisch. Dass man als Stadt versucht, sich mit einem schönen Stadtbild besser zu positionieren und sich dort engagieren will, findet er sinnvoll. Hier hat Peter Brotschi sicher einen Anstoss gebracht, aber für einen Preis als solchen möchte er sich nicht aussprechen.

4.4 Peter Brotschi stellt fest, dass die Sache gegessen ist. Schön hat man darüber gesprochen. Er hat es wirklich nicht so kompliziert gesehen. Er hätte mit einer Kommission bestehend aus zwei, drei Leuten leben können - er hätte sich hier sicher auch zur Verfügung gestellt - welche den Fokus auf der Stadt gehabt, die Objekte vom visuellen, ästhetischen Standpunkt angeschaut und dann irgendeinmal einen Entscheid gefällt hätten. Dann hätte man einen schönen Empfang im Stadthaus oder vor dieser Liegenschaft organisieren können. Man hat immer den Hang, die Sache zu verkomplizieren und zu verfälschen. Es kann wirklich ein subjektiver Entscheid aus dem Bauch heraus sein. Er nimmt die Ablehnung so zur Kenntnis, aber das Thema bleibt aktuell.

4.5 Nach Auffassung von Stadtpräsident François Scheidegger ist die Idee grundsätzlich gut, aber in der Ausführung nicht so einfach. Die Veranstaltung „Fokus Stadtbau“ hat bewusst einen Preis vergeben (der Innovationspreis ging seinerzeit an Armin Meier für sein Kleinkraftwerk). Es gab auch dort eine kleine Abstimmung. Das wäre seines Erachtens die richtige Plattform. Das Stadtpräsidium schreibt die Leute, welche Fassaden sanieren, an und dankt ihnen im Namen der Stadt. Das hat auch die grösste Wirkung. Die Erfahrung zeigt, dass, wenn jemand anfängt, sein Haus zu renovieren, der Nachbar irgendwie in Zugzwang kommt. In der letzten Zeit ist wirklich viel gegangen. So schlecht steht Grenchen nicht da.

4.6 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 13 : 2 Stimmen folgender

5 Beschluss

5.1 Das Postulat wird nicht erheblich erklärt.

BD
BAPLUK
KUKO
Wifö

6.2.2 / acs

Werkhof: Sanierung und Erweiterung Personalräume; Bauabrechnung, Kreditüberschreitung

Vorlage: BAPLUKB 77/30.10.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeisterin Drazenka Dragila-Salis fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Alexander Kaufmann ausführt, wurde das Geschäft durch die Stadtbaumeisterin in der SP-Fraktion vorgestellt und erläutert. Die Fraktion ist über den Ablauf dieses Projektes etwas irritiert und nimmt diese Vorlage mit einem gewissen Unverständnis zur Kenntnis. Kreditüberschreitungen sind immer unangenehm und verlangen jeweils gute Begründungen, warum die Mehrkosten entstanden sind. Bei diesem Geschäft wurden jedoch die Kosten grundsätzlich falsch aufgelegt. Die bestehende Bausubstanz zusammen mit den genauen Bedürfnissen des Werkhofes wurde im Vorfeld zu nachlässig beurteilt, abgeklärt und dementsprechend im Kostenvoranschlag aufgenommen. Auch wurde die Schnittstelle der Arbeitsleistung zwischen dem Architekten und der Baudirektion im Planungsvertrag nicht klar definiert. Arbeitsleistungen von Werkhof- oder Baudirektionspersonal in einem laufenden, eigenen Bauprojekt müssen in Zukunft in den Kosten integriert resp. aufgerechnet werden. Als Mitglied der BAPLUK ist ihm das Geschäft bestens bekannt. Infolge der detaillierten Begründung der Mehrkosten wurde die Abrechnung in der BAPLUK trotzdem einstimmig genehmigt. In der Hoffnung, zukünftige, ähnliche Geschäfte seriöser vorabzuklären und aufzugleisen, stimmt die SP-Fraktion der Bauabrechnung zu und unterstützt den Beschluss gemäss BAPLUK. Sie ist für Eintreten.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die vorliegende Abrechnung mit Kosten von CHF 916'752.72 inkl. den aktivierbaren Eigenleistungen Werkhof von CHF 28'097.76 und einer Kreditüberschreitung von CHF 46'252.72 wird genehmigt.
- 4.2 Von der Kreditüberschreitung von CHF 18'154.96 zu den eigentlichen Baukosten wird Kenntnis genommen.
- 4.3 Die Aktivierung der Eigenleistungen Werkhof von CHF 28'097.76 wird genehmigt.
- 4.4 Der Zusatzkredit von CHF 46'252.72 zur Deckung der Kreditüberschreitung inkl. der aktivierbaren Eigenleistungen Werkhof zu Lasten Konto IR 6153.5040.00 wird genehmigt.

Vollzug: BD

BD
BAPLUK
FV

0.2.2 / acs

Motion Fraktion FDP-glp: Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates, schriftliche Beantwortung auch von Motionen und Postulaten vor der Ratssitzung: Beschluss über Erheblicherklärung

1 Mit Datum vom 5. Dezember 2017 reichte die FDP-glp-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichner: Robert Gerber):

1.1 Motionstext

Die § 33 und 34 der Geschäftsordnung des Gemeinderates sind in dem Sinne abzuändern, dass auch Motionen und Postulate jeweils vor der nächsten oder übernächsten Ratssitzung schriftlich beantwortet werden.

Begründung:

Gemäss Paragraf 35 der Geschäftsordnung des Gemeinderates (GO) vom 23. Oktober 2001 sind Interpellation, sofern dafür nicht Dringlichkeit verlangt und von der Mehrheit des Rates beschlossen wird, vor der nächsten oder übernächsten Ratssitzung vom Stadtpräsidenten, einem anderen Mitglied des Gemeinderates oder von einem Beamten oder einer Beamtin schriftlich zu beantworten.

Bei Motionen und Postulaten sieht die GO dies nicht vor. Die von den betroffenen Abteilungen zu den entsprechenden Vorstössen schriftlich erstellten Antworten und Stellungnahmen werden erst an der Ratssitzung mündlich vorgetragen.

Dieser Umstand erschwert bzw. verunmöglicht eine seriöse Vorberatung der entsprechenden Vorstösse anlässlich der Fraktionssitzungen.

Der Stadtpräsident wird ersucht, dem Gemeinderat eine Änderung der Paragraphen 33 und 34 der GO vorzulegen. Die Neufassung der beiden Paragraphen soll dazu führen, dass auch eingereichte Motionen und Postulate, sofern dafür nicht Dringlichkeit verlangt und von der Mehrheit des Rates beschlossen wird, vor der nächsten oder übernächsten Ratssitzung schriftlich beantwortet und die entsprechenden Stellungnahmen zusammen mit den Unterlagen für die Ratssitzung an die Mitglieder des Gemeinderates verschickt werden.

Dies ermöglicht es den Mitgliedern des Gemeinderates, sich vor der betreffenden Ratssitzung mit den Inhalten der Antworten der Vorstösse auseinanderzusetzen.

2 Begründung des Motionärs

- 2.1 Laut Gemeinderat Robert Gerber muss die Motion nicht mehr weiter begründet werden. Das liegt alles schriftlich vor. Der Gemeinderat hat eine ausführliche, verständliche, schriftliche Stellungnahme zur Geschichte und Praxis von Motionen und Postulaten erhalten. Man hat also gleich einmal geübt, wie das inskünftig gehen könnte. Für diese Arbeit und die gute Aufnahme des Anliegens bedankt er sich herzlich. Er geht davon aus, dass die anderen Fraktionen ebenfalls für die Aufhebung dieser Blackbox sind und die Motion erheblich erklären werden. Dem Stadtpräsidenten dankt er dafür, dass er bereit ist, die entsprechende Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates zeitverzugslos an die Hand zu nehmen und dem Gemeinderat vorzulegen. Die FDP-glp-Fraktion ist selbstverständlich für Erheblicherklärung.

3 Eintreten

- 3.1 Gemeinderat Peter Brotschi erklärt, dass die CVP auch für Eintreten ist und der Erheblicherklärung zustimmen wird. Er ist überhaupt nicht nachtragend, dass sein Postulat heute abgelehnt wurde, er wird wieder eines einreichen - aber Spass beiseite. Das war heute gerade so ein Paradebeispiel. Er hatte keine Ahnung, was ihn heute Abend erwartet. Deshalb findet er das Anliegen der Motion gut.
- 3.2 Gemeinderat Daniel Hafner hat selten so viel Einklang im Rat gespürt. Die Worte aus dem Mund des Motionärs und des Präsidiums lassen nur den Schluss zu, der Motion zuzustimmen.
- Eintreten wird beschlossen.

4 Detailberatung

- 4.1 Keine Wortmeldung.

Es ergeht einstimmig folgender

5 Beschluss

- 5.1 Die Motion wird erheblich erklärt.
- 5.2 Die §§ 33 und 34 der Geschäftsordnung des Gemeinderates vom 23. Oktober 2001 sind im Sinne der Erwägungen zu überarbeiten und dem Gemeinderat zum Beschluss vorzulegen.

RD

0.2.0.0 / acs

Jugendkommission: Demission von Alexander Spiegel als Präsident und ordentliches Mitglied, Ersatzwahlvorschläge der SVP: Daniel Lüdi, ordentliches Mitglied, Silvan von Arx, Ersatzmitglied

Vorlage: KZL/19.01.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger verweist auf die Vorlage.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Demission von Alexander Spiegel als Präsident und ordentliches Mitglied der Jugendkommission wird unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.

4.2 Daniel Lüdi, Jurastrasse 7, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2017-2021 als ordentliches Mitglied der Jugendkommission gewählt.

4.3 Silvan von Arx, Lötschbergweg 9, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2017-2021 als Ersatzmitglied der Jugendkommission gewählt.

Zu eröffnen an: - Alexander Spiegel, Dählenweg 17, 2540 Grenchen
- Daniel Lüdi, Jurastrasse 7, 2540 Grenchen
- Marc Willemin, Präsident SVP, Burgweg 30, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL (Eröffnungen)

KZL (Behördenverzeichnis)
Mike Brotschi, Verantwortlicher Jugend
Oberamt Region Solothurn

0.1.8.0 / acs

Überparteiliche Motion (CVP, FDP, SVP): Glassammlung: Einreichung

1 Mit Datum vom 30. Januar 2018 wird eine überparteiliche Motion (CVP, FDP, SVP) eingereicht (Erstunterzeichner: Matthias Meier-Moreno):

1.1 Motionstext

Der Souverän hat an der letzten Gemeindeversammlung vom 07.12.2017 das Vorhaben, die heutigen Glassammeltouren durch mehrere neue dezentrale Glassammelstellen zu ersetzen, abgelehnt und dem Gemeinderat zur Überprüfung zurückgegeben. Somit wurde der Ball wieder zurückgespielt und der Gemeinderat ist nun gefordert, dies zu überarbeiten und sich die Ausgestaltung einer zukunftsgerichteten Lösung mit einer allfällig nötigen Gebührenerhöhung zu prüfen.

Ein besonderes Augenmerk sollte dabei neben den Finanzen und der Gesundheitsförderung unserer Werkhofmitarbeiter auch der Ökologie gelten. Denn die verschiedenen Entsorgungsvarianten haben Vor- und Nachteile. Die heutige Lösung hat neben den von der Mehrheit der Gemeindeversammlungs-Teilnehmenden geschätzten Vorteilen auch gewichtige Mängel. In der Tat rügen zahlreiche Einwohner, ...

- 1. ... dass sie das Glas nicht umweltfreundlich farbgetrennt entsorgen können. Besonders gefragt auf dem Altglasmarkt sind braune oder weisse Scherben. Werden alle Farben zusammen entsorgt, wie das in Grenchen immer noch gemacht wird, gibt sich weniger wertvolles grünes Glas und hat auch weniger Einnahmen zur Folge.*
- 2. ... dass Altglas wochenlang im Haushalt aufbewahrt werden muss, bevor man es entsorgen kann. Manche fänden es praktisch, beim Einkaufen ähnlich wie PET etc. auch gleich Glas entsorgen zu können. Versorgen und Entsorgen liessen sich so in einem Gang, egal ob zu Fuss, mit dem Velo, Bus oder Auto.*

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, umgehend Lösungen vorzuschlagen, wie sie auch diesen ernst zu nehmenden Bedürfnissen Rechnung tragen kann. Die Bevölkerung soll von der Stadt moderne Dienstleistungen erhalten, welche einer Technologiestadt im Grünen und als Träger vom Energiestadt-Label würdig ist.

2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD

Motion Matthias Meier-Moreno (CVP): Sofortmassnahmen Glassammlung: Einreichung

1. Mit Datum vom 30. Januar 2018 reicht Matthias Meier-Moreno (CVP) folgende Motion ein:

1.1. Motionstext

Das Stadtpräsidium wird beauftragt, folgende Punkte umgehende in die Wege zu leiten und bis spätestens auf den 01.05.2018 umzusetzen:

- *Die Glassammlung, welche weiterhin vom Werkhof durchgeführt wird, findet nur noch alle zwei Monate respektive 6x im Jahr statt. (Laut dem Reglement der Abfallentsorgung beschliesst der Gemeinderat über die Häufigkeit der Sammeldienste und die Baudirektion legt den Abfahrplan und die Route fest).*
- *Das Altglas muss von den Haushaltungen in Container mit einem Fassungsvermögen von 140 - 800 Liter (gut sichtbar angeschrieben), analog Grünabfuhr, bereitgestellt werden. Gebinde, Körbe, Kisten oder dergleichen mit Altglas werden nicht mehr eingesammelt.*
- *Die gesamte Abfallbewirtschaftung respektive Altglassammlung muss verursacherorientiert kostendeckend sein. Sofern dies nicht der Fall ist, müssen die Gebühren umgehend angepasst werden.*

Begründung:

An der letzten Gemeindeversammlung vom 07.12.2017 hat der Souverän entschieden, dass es keine dezentralen farbgetrennten Glassammelstellen geben und der Status-Quo beibehalten werden soll. Somit ist der Werkhof weiterhin gezwungen, farbgemischtes Altglas einzusammeln. Damit die Werkhofmitarbeiter nicht unnötig schwere Körbe mit Altglas vom Boden aufheben müssen, soll eine Containerpflicht analog der Grünabfuhr eingeführt werden. Dieser kann beim Müllwagen hinten an der Hydraulik-Aufhängung angehängt und automatisch ausgekippt werden. Mit dieser einfachen, rückschonenden Lösung tragen wir der Gesundheitsförderung unserer Werkhofmitarbeiter Rechnung.

Da das Altglas neu in einem Container gesammelt wird, wird das Volumen grösser, welches jeder Haushalt sammeln kann. Dies wiederum hat auf den Sammelrhythmus positiven Einfluss, welcher von einer monatlichen auf eine zweimonatliche Sammlung reduziert werden kann. Mit der Reduktion um 50 Prozent werden auch die Kosten der Mannstunden reduziert und Überstunden können abgebaut werden.

Selbstverständlich sollen auch die anfallenden Kosten überprüft werden, welche verursacherorientiert kostendeckend sein müssen. Je nach Resultat der Prüfung müssen die Gebühren angepasst werden.

Mit diesen Sofortmassnahmen, welche relativ schnell eingeführt und umgesetzt werden kann, können wir Kosten/Folgekosten einsparen. Leider trägt diese Lösung dem ökologischen Aspekt (Farbtrennung von Altglas) keine Rechnung. Dies sollte aber in der definitiven Endlösung, welche von der Stadtverwaltung ausgearbeitet wird, eine zentrale und wichtige Rolle spielen.

2. Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD

7.2 / acs

Postulat Nicole Hirt (glp): Schulcampus mit immersivem Unterricht: Einreichung

1. Mit Datum vom 30. Januar 2018 reicht Nicole Hirt (glp) folgendes Postulat ein:

1.1 Postulatstext

Der Stadtpräsident wird gebeten, zu prüfen, ob und wo in Grenchen ein Schulcampus mit Schwerpunkt „Immersiver Unterricht“ angesiedelt werden kann.

Begründung:

Firmenniederlassungen werden auch in Grenchen angestrebt. Das Gebiet rund um die Neckarsulmstrasse ist als Entwicklungsgebiet Arbeitszone im Richtplan ausgedehnt worden. Doch die Ansiedlungen alleine führen nicht dazu, dass sich auch die Mitarbeitenden hier ansiedeln. Und wir wissen alle, dass das Steuersubstrat von juristischen Personen viel volatiler ist als das der natürlichen Personen.

Es muss also auch dafür gesorgt werden, dass Anreize oder sogar Leuchtturmprojekte geschaffen werden, um Mitarbeitende mit ihren Familien nach Grenchen zu holen. Dazu muss qualitativer Wohnraum vorhanden sein und das Angebot für Kinder muss besser sein als anderswo.

Unter anderem im Zusammenhang mit den Firmenansiedlungen von Biogen in Luterbach und CSL Behring in Lengnau gäbe es hier sicher Potential, steuerkräftige Familien nach Grenchen zu holen.

Ein Schulcampus nach dem Muster der „International School“, Solothurn (Tagesschule) oder sogar einem nach dem angelsächsischen Prinzip, wo Kinder nicht nur den Tag verbringen, sondern von Montag-Freitag von Fachpersonen unterstützt werden. Im Immersionsunterricht steht nicht die Sprache im Mittelpunkt, sondern das entsprechende Fach. Das ist ein entscheidender Unterschied zum klassischen Fremdsprachenunterricht, der den Sprachlernprozess bewusst steuert, während sich das Sprachenlernen im Immersionsunterricht über die Beschäftigung mit Sachverhalten fast „wie von selbst“ einstellt.

2 Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Ratsitzung abgestimmt.

GLSG
Wifö

8.5.1 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Grenchen: Teilzonenplan „Umzonung“ Parzelle GB Nr. 2915“

- 1.1 Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 2017/2117 vom 19. Dezember 2017 den Teilzonenplan „Umzonung“ Parzelle GB Nr. 2915“ genehmigt.

2 Zusammenkunft mit dem Regierungsrat vom 20. Februar 2018, 16.00 Uhr, im Restaurant Parktheater

- 2.1 Die Delegation der Stadt Grenchen besteht aus den GRK-Mitgliedern und den Abteilungsvorsteherinnen und -vertretern.

3 Gedankenaustausch mit Grenchner Kantonrätinnen und Kantonsräten

- 3.1 Wie bereits in der Vergangenheit, soll wieder ein Treffen organisiert werden, um sich auszutauschen (es wird eine Doodle-Umfrage Ende März 2018 geben). Stadtpräsident François Scheidegger ist froh, wenn die Kantonrätinnen und Kantonsräte bekannt geben, wenn sie Anregungen haben.

4 Projekt EffiDeville: Zeitungsbericht im Grenchner Tagblatt zur Neuorganisation Stadthaus ab 01.01.2018

- 4.1 Gemeinderätin Nicole Hirt Gemeinderat war beim Lesen des Zeitungsartikels „*Im Grenchner Stadthaus wird die Arbeit neu verteilt*“ im Grenchner Tagblatt vom 17. Januar 2018 etwas nicht klar. Dort stand, dass der Gemeinderat das Ganze genehmigt hat. Sie hat dann nachgeschaut und bei ihren Unterlagen die Notiz gefunden: „Wird als Arbeitspapier zur Kenntnis genommen“. Hat nur sie das für sich so formuliert oder hat man einen Antrag gestellt?
- 4.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger hat der Gemeinderat mit GRB 2237 vom 13. Juni 2017 das Organigramm gemäss Beilage 2 genehmigt und den Stadtpräsidenten beauftragt, das Organigramm umzusetzen. Er hat daraufhin eine Projektorganisation auf die Beine gestellt mit Stadtpräsident und Vize-Stadtpräsident als Steuerungsausschuss und die GRK als Steuerungsorgan.
- 4.3 Nicole Hirt erinnert sich daran, dass man gesagt hat, dass die Vorlage etwas dünn war für so einen wichtigen Entscheid.

- 4.4 Laut François Scheidegger wollte die SVP-Fraktion damals nicht entscheiden mit der Begründung, dass dies der neu zusammengesetzte Gemeinderat tun soll. Er hat sich dagegen gewehrt und gesagt, dass man die Verantwortung nicht abdelegieren kann und es auch für das Personal eine Zumutung ist. Es wurde dann darüber abgestimmt und der Antrag von Richard Aschberger auf 2. Lesung mit 11 : 4 Stimmen abgelehnt. Wenn der Gemeinderat das wünscht, kann gerne informiert werden, sobald das Projekt abgeschlossen ist. Man ist immer noch im Prozess, aber man kann sagen, dass ca. 80% der Arbeiten abgeschlossen sind.

5 Glassammlung

- 5.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill möchte nochmals kurz das Traktandum „Glassammlung“ der letzten Gemeindeversammlung im Dezember 2017 ansprechen. Der Gemeinderat der Stadt Grenchen hatte als ein Mittel zum Sparen den dezentralen Sammelstellen zugestimmt. Jede Fraktion, auch die der SP, hatte bei der Behandlung des Spar-Massnahmen-Pakets eine „Kröte“ schlucken müssen. Dass ein Gemeinderat seine eingereichte Motion betreffend Glassammlung vor der Gemeindeversammlung nicht zurückgezogen hat, war eine persönliche Aktion. Die Emotionen bei den zahlreichen Teilnehmenden der Gemeindeversammlung sowie das mediale Interesse waren sehr gross. Ob man mit solchen Aktionen die Probleme der Stadt lösen können? Er denkt, da kann man nur „Glas“ zerschlagen.
- 5.2 Gemeinderat Peter Brotschi bemerkt, dass er zum Zeitpunkt des Entscheids nicht Mitglied des Gemeinderates war. Er ist jetzt Mitglied des Gemeinderates, aber auch Bürger, Privatperson. Die Gegenanträge an der GV, die den Gemeinderatsbeschluss umgestossen haben, sind nicht aus der CVP-Fraktion gekommen. Er hat sich dort nicht zu Wort gemeldet und respektiert, dass die GV dem Antrag des Gemeinderates nicht gefolgt ist und die Sparmassnahme gestrichen hat. Er hatte danach Kontakt mit Stadtbaumeister Drazenka Dragila-Salis und ist mit ihr und Jakob Bräker eine Stunde lang zusammengesessen. Zum Jahreswechsel hat er in einem Mail auch bekräftigt, dass er das Projekt nicht nur bekämpft hat, sondern auch Hand zu Lösungen bieten wird. Es waren vor allem auch Kommunikationsprobleme, die zu dieser Situation geführt haben. Beim Bürger kam es so an, als ob das System einfach von einem Tag auf den andern umgestellt wird. Erst von Jakob Bräker hat er erfahren, dass sukzessiv umgestellt werden soll. Das sind schon zwei verschiedene Paar Schuhe. Die von ihm gestellte Bedingung, um die Motion zurückzuziehen, war nicht erfüllt. Die Baudirektion hatte nur Zusicherungen.
- 5.3 Stadtpräsident François Scheidegger ist der Auffassung, dass die Bedingung schon erfüllt gewesen wäre. Als Gemeinderat muss man auch eine gewisse Loyalität an den Tag legen. Es mag sein, dass Peter Brotschi beim Entscheid noch nicht dabei war. Man hat damals ein Massnahmenpaket geschnürt und alle waren bereit - auch die SP und SVP – über ihren Schatten zu springen und in den sauren Apfel zu beissen. Es führt immer zu Problemen, wenn man nachher einzelne Mosaiksteine herausbricht. Die Baudirektion arbeitet seit Jahren an diesem Projekt. Die Art und Weise des Vorgehens fand er nicht optimal. Abgesehen davon ist der Vorstoss widersprüchlich, da er verlangt, dass die Glassammlung ohne Gebührenerhöhung erhalten werden soll. Man wird die Sache jetzt prüfen - es sind noch weitere Vorstösse auf dem Tisch - und schauen, dass eine Lösung zum Wohle der Bürger gefunden werden kann.
- 5.4 Peter Brotschi erwidert, dass fünf Sammelstellen nicht zum Wohle der Bürger sind.

6 Farbkonzept zur Neugestaltung von Fassaden in der Innenstadt

- 6.1 Gemeinderat Peter Brotschi erkundigt sich, ob das Farbkonzept der Innenstadt, das in den 90er Jahren realisiert wurde, noch präsent ist und ihm Nachachtung verschafft wird oder ob es eingeschlafen ist.
- 6.2 Stadtpräsident François Scheidegger nimmt die Frage nach dem Farbkonzept zuhanden der Baudirektion entgegen.

7 Neubau Kirchstrasse

- 7.1 Peter Brotschi bemerkt, dass das neue Gebäude an der Kirchstrasse extrem weit hervorragt. Ihm ist klar, dass es auf der Baulinie ist. Es wurde jeder Millimeter des Grundstücks ausgenutzt.
- 7.2 Stadtpräsident François Scheidegger geht davon aus, dass man das geprüft hat. Es gibt noch eine Abnahme.